

**Rede
des sozial- und gesundheitspolitischen Sprechers**

Uwe Schwarz, MdL

zu TOP Nr. 6-8, 11 und 20

**Haushaltsberatungen 2022/2023 - Schwerpunkt
Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

während der Plenarsitzung vom 14.12.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit diesem letzten Sozialhaushalt in dieser Legislaturperiode sind gleich mehrere Besonderheiten verbunden.

Erstens. Er ist mit über 6 Milliarden Euro der größte Sozialhaushalt in der Geschichte unseres Landes. Dennoch stehen für freiwillige Leistungen leider nur 85 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind umgerechnet 0,015 Prozent. Das relativiert, glaube ich, vieles.

Zweitens. Es ist der erste Sozialhaushalt unserer Sozialministerin Daniela Behrens, die hier - das glaubt man, ehrlich gesagt, kaum - im März dieses Jahres mitten in der dritten Corona-Welle einen Kaltstart hinlegen musste.

Liebe Frau Ministerin Behrens, ich finde, Sie haben das wirklich toll gemeistert! Unser herzlicher Dank gilt Ihnen und Ihrem ganzen Team, vor allem für die besondere Leistung während der ganzen Corona-Pandemie.

Drittens. Zum ersten Mal haben wir in der Einzelplanberatung heute im Parlament die Pole- Position. Dafür haben wir gleichzeitig aber auch die kürzeste Redezeit, die wir jemals für diesen Plan hatten.

Jenseits von Corona ist der Haushalt des Sozialministeriums wie kein anderer von einer Vielzahl kleiner und kleinster Förderprogramme geprägt. Sozialpolitik mit den vielfältigen Aufgabenfeldern Gesundheit, Behindertenhilfe, Senioren, Familie, Jugend, Frauen, Migration, Integration lebt insbesondere von Initiativen, Vereinen und Verbänden und vor allem von unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Sie gemeinsam bilden die Grundpfeiler unseres Wohlfahrtsstaates, verbunden mit den Wohlfahrtsverbänden und deren Subsidiaritätsprinzip. All diesen Organisationen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gilt - auch von dieser Stelle - unser herzlicher Dank.

Es ist hier schon angesprochen worden: Wir haben uns in den letzten Jahren immer wieder bemüht, über die politische Liste bestimmte Bereiche sozusagen handlungsfähig zu halten. Auch ich nenne die Beispiele: Schuldnerberatung, Hospiz, Palliativ, Sinti, Roma, Kinderschutz, Familienverbände, Familienbildungsstätten, Erwerbslosenberatungsstellen usw.

Stichwort „Wohlfahrtsverbände“: Wir waren übrigens das einzige und erste Bundesland, das 2015 ein Wohlfahrtsfördergesetz als verlässliche Grundlage auf den Weg gebracht hat. Auch dort haben wir vergangenes Jahr die Mittel auf 22,7 Millionen Euro aufgestockt.

Zum ersten Mal sind die Ansätze für all diese politischen Veränderungen nicht wieder auf null gesetzt worden, sondern sie sind im Haushaltsplan verstetigt und fortgeschrieben worden. Das ist ein wirklich guter Erfolg, und ich danke allen Beteiligten dafür, dass das dieses Mal so gelaufen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erwarten den Bericht unserer Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“. Damit zügig mit der Umsetzung der Ergebnisse begonnen werden kann, stehen schon einmal 700.000 Euro im Doppelhaushalt zur Verfügung.

Kein sozialpolitisches Thema - alle Kolleginnen und Kollegen haben das angesprochen - hat uns in den letzten Jahren so beschäftigt wie die Pflege. Durch Corona sind die Probleme dort noch einmal verstärkt deutlich geworden. Dabei - und das betone ich auch ausdrücklich - hat es gerade in den letzten Jahren durchaus gerne übersehene Erfolge gegeben: z. B. die Einbeziehung von Demenzerkrankten, die Erhöhung der Pflegeleistungen, die Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen und der Beginn der generalistischen Pflegegrundausbildung.

Oder auf Landesebene: die Einführung der Schulgeldfreiheit, die Schaffung alternativer Wohnformen z. B. für Demenzerkrankte oder schlicht von Alten-WGs. Man kann dazu auch sagen: Das sind die jungen 68er, die jetzt in die WGs kommen.

Dieses Programm hat sich seit seinem Start unter Rot-Grün zu einem absoluten Erfolgsprogramm entwickelt. „Überzeichnet“ ist dafür der trockene Begriff. Ein Grund dafür, dass die GroKo die zur Verfügung stehenden Mittel zum zweiten Mal - auf 2 Millionen Euro - verdoppelt hat.

Auch bei der Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum sind wir mit der Konzertierte Aktion Pflege weitergekommen. Kostenträger und immerhin 99 Prozent der Anbieterseite haben sich vor sechs Tagen auf ein neues Vergütungsprogramm mit Vergütungssteigerungen und flexibleren Wegepauschalen geeinigt - eine Forderung, die wir oft auch hier im Parlament erhoben hatten.

In der Gemeinsamen Erklärung heißt es wörtlich - ich zitiere -:
„Die Vereinbarungspartner sind sich einig, dass mit der jetzt erzielten Einigung eine Befriedung der Situation und für die allermeisten ambulanten Pflegedienste eine auskömmliche Refinanzierung der ambulanten Pflege ... in Niedersachsen sichergestellt ist.“

Das ist, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiger Erfolg mit Blick auf die Versorgung der ambulanten Pflege, gerade im ländlichen Bereich. Auch da: Allen Beteiligten herzlichen Dank für diese Einigung!

Übermorgen - es ist gesagt worden - werden wir das neue Niedersächsische Pflegegesetz beschließen. Dann werden auch Landesmittel nur noch bei Vorlage eines Tarifvertrages gewährt, und eingestreuete Kurzzeitpflegeplätze werden wieder vom Land unterstützt. Für die Versorgung im ländlichen Bereich ist dies ein ganz wichtiger Schritte - Volker Meyer hat darauf hingewiesen. Es ist eines der Kernversprechen unserer Großen Koalition, welches wir mit Haushaltsmitteln und mit diesem Haushalt einlösen.

Im Vordergrund der Bemühungen steht für uns immer eine bessere Wertschätzung und auch höhere Bezahlung für die Fachkräfte in der Pflege. Aber ich will auch eine Bitte an die Pflegekräfte richten, die ganz schlicht lautet: Lassen Sie sich impfen! Auch Sie haben mit Ihrer hohen Verantwortung gegenüber vulnerablen Gruppen eine Vorbildfunktion, meine Damen und Herren.

Unsere Enquetekommission zur Sicherung der stationären und medizinischen Versorgung ist ebenfalls schon angesprochen worden. Auch ich habe den Eindruck, dass sie offensichtlich danebengelegt hat, als in Berlin die Ampel verhandelt worden ist. Das muss aber gar nicht schlecht sein; da stehen viele gute Sachen drin.

Mit diesem Etat werden wir im Land mit ersten Umsetzungsschritten beginnen. Zur Verbesserung der hausärztlichen Versorgung stellen wir wieder über 1 Million Euro aus Landesmitteln zur Weiterführung des Stipendienprogramms und zum Start der Landarztquote für die Stärkung der hausärztlichen Versorgung ein.

Nun haben einige wieder gesagt: Das bringt ja nichts. Das wirkt ja erst in zwölf Jahren. - Das stimmt. Aber wenn wir gar nichts machen oder wie die FDP die Mittel komplett und alternativlos rausstreichen, dann werden wir in zwölf Jahren überhaupt keine Hausärzte mehr auf dem Land haben. Deshalb wiederhole ich: Die Landarztquote ist nicht das Allheilmittel, aber sie ist ein wichtiger Anfang, um die Versorgung im Land zu stabilisieren bzw. zu verbessern.

Wir stellen außerdem 2 Millionen Euro zur Verfügung, um zur Sicherung der ländlichen medizinischen Versorgung regionale Gesundheitszentren zu ermöglichen, und zwar insbesondere dort, wo die Krankenhausversorgung wackelt. Auch dies ist ein Herzstück der Ergebnisse unserer Enquete.

Für die Krankenhäuser stehen 2022 rund 426 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel für Neubau und Sanierung wurden von 120 auf 150 Millionen Euro aufgestockt. Das ist immerhin eine Erhöhung um stolze 25 Prozent. Doch wir alle

wissen - das haben wir eben in der Debatte schon erlebt -: Die Steigerung wird allein von den gewaltigen Baupreisexplosionen aufgezehrt. Frau Janssen-Kucz, wir haben tatsächlich nach Lösungen gesucht; denn wir alle wissen, dass wir Lösungen brauchen. Es hätten fast 200 Millionen Euro werden können, aber überraschenderweise wurde der Kompromissvorschlag von den kommunalen Spitzenverbänden abgelehnt. Ich sage hier ganz deutlich: Verantwortung müssen schon beide tragen, und beide müssen auch die Verantwortung dafür übernehmen, wie es jetzt ausgegangen ist - nämlich schlecht.

Deshalb sage ich auch: Wir wissen um die dringend notwendige Modernisierung unserer Krankenhauslandschaft. Wenn wir damit ernsthaft beginnen wollen, brauchen wir andere Finanzierungsformen. Hier ist über Sondervermögen und ein Fondsmodell diskutiert worden. Ich glaube, alles gehört in die Debatte. Fest steht auf jeden Fall, dass für die nächste Legislaturperiode am Beginn der Legislaturperiode Lösungen gefunden werden müssen. Es gibt Regionen, die sich erfolgversprechend auf den Weg gemacht haben. Ich nenne beispielhaft Diepholz, Heidekreis-Klinikum oder auch Georgsheil. Sie brauchen wie alle anderen, die im Wartestand stehen, bei diesem Thema relativ schnell Planungssicherheit.

Beim Kinderschutz steht Deutschland immer noch vor großen Herausforderungen. Gravierende Fälle von massenhafter auch sexueller Gewalt gegen Kinder erschüttern immer wieder Gesellschaft und Politik gleichermaßen. Aber ich glaube, dass nicht zuletzt die Vorgänge in Lügde tatsächlich Bewegung gebracht haben.

Wir erwarten den Bericht unserer Landes-Enquete, und auf Bundesebene gibt es zwischenzeitlich ein neues Jugendhilferecht, das Mitte Juni in Kraft getreten ist. In unserem Bundesland beraten wir das Ausführungsgesetz schon im Fachausschuss.

Mit diesem Gesetz führen wir erstmals zunächst vier unabhängige Ombudsstellen im Land ein - eine alte Forderung von Fachleuten aus der Jugendhilfe, die die guten Erfahrungen mit Ombudsstellen und Ombudspersonen aus den skandinavischen Ländern kennen und oft hier in Deutschland vorgetragen haben.

Auch die Bedeutung unserer vier Kinderschutzzentren als zentraler Anlaufstellen für Betroffene und Ratsuchende wird immer größer. Mit dem aktuellen Haushalt kommt nun auch noch das Kinderzentrum in Braunschweig hinzu, und das in Göttingen befindet sich im Bau. Damit hat Niedersachsen dann ein flächendeckendes Netz von Kinderschutzzentren. Ich finde wirklich, bei allem, was weiter noch gemacht werden muss: Diese Kinderschutzzentren haben eine sehr zentrale Bedeutung, und es ist ein wirklich wichtiger Meilenstein, dass wir mit

diesem Haushalt jetzt das flächendeckende Angebot in Niedersachsen hinbekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bereich Gewalt gegen Frauen hat die Corona-Pandemie zunächst den völlig falschen Eindruck vermittelt: die Zahl der hilfesuchenden Frauen ginge angeblich zurück. In Wahrheit wurden die Befürchtungen der Fachleute relativ schnell wahr. Die Gewalt gegen Frauen hat unter Corona nochmals zugenommen. Niedersachsen fördert 46 Gewaltberatungsstellen und 43 Frauenhäuser mit rund 10 Millionen Euro. Die angeblichen Kürzungen gibt es nicht. Im Gegenteil, es gibt noch einmal zusätzliche und neue Frauenhausplätze in Hannover, Stade und Northeim. Dafür stehen in der politischen Liste 450.000 Euro zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sozialaus-schuss hat vergangenen Donnerstag seine 150. Sitzung gehabt. Damit liegen wir einsam an der Spitze. Aber auch ohne Corona haben wir ein großes Feld zu bearbeiten. Und auch wenn wir im Sozialausschuss hin und wieder einmal die Klinge kreuzen - ich hätte große Lust, auf die Redebeiträge von Frau Janssen-Kucz und Herrn Bajus einzugehen, es würde aber die vorweihnachtliche Stimmung trüben -, muss ich unter dem Strich sagen: Wir sind uns wirklich sehr häufig einig. Wir arbeiten, wie ich finde, außerordentlich kollegial und teilweise freundschaftlich zusammen. Ich wünsche mir, dass das so bleibt, und ich sage ganz deutlich: Dieser Haushalt kann sich sehen lassen. Er ist ein guter Beitrag für ein soziales Niedersachsen.